

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 06
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Heinz Rapp MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Weltwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion, hofft, daß der Versailler Wirtschaftsgipfel ein Signal zu neuer Zusammenarbeit wird: Impulsgebung.

Seite 1

Hans de With MdB: Die Union und die Reform der Juristenausbildung.

Seite 3

Hermann Scheer MdB sieht die morgige CDU/CSU-Demonstration in Schwierigkeiten: Anbiedere Mann und politischer Brandstifter?

Seite 4

Manfred Wagner MdEP für die Fortsetzung der Maßnahmen gegen die Stahlkrise: Die drohende Anarchie ablenken.

Seite 6

Hans Urbaniak MdB: Die Diskussion um die Rückkehrprämie löst die Ausländerfrage nicht.

Seite 7

Horst Gobrecht MdB und Dieter Spöri MdB: Subventionsabbau ist kein finanzpolitisches Wundermittel.

Seite 8

37. Jahrgang / 105

4. Juni 1982

Impulsgebung

Der Versailler Wirtschaftsgipfel kann Signal zu neuer Zusammenarbeit werden

Von Heinz Rapp MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Weltwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion

Wenn heute, am 4. Juni 1982, um 19 Uhr die sieben Staats- und Regierungschefs und die Vertreter der Europäischen Gemeinschaften auf dem Versailler Weltwirtschaftsgipfel - dem achten (nach Rambouillet 1975, Puerto Rico 76, London 77, Bonn 78, Tokio 79, Venedig 80 und Ottawa 81) - zum erstenmal zusammenkommen, wird gewiß niemand mehr zu den Mystifikationen neigen; die noch die Atmosphäre und den Stil der ersten "Gipfel" prägten: als würden's die "wirklich ganz Großen", geheimnisvoll den Weltgeist irgendwie mit am Tisch, schon richten, redeten die erst einmal miteinander: Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, stabile Preise und Wechselkurse, freien Handel, ausgeglichene Energiemärkte, Nord-Süd-Ausgleich und andere schöne Sachen mehr. Die "Einrichtung Weltwirtschaftsgipfel" hat all die Jahre ihren Lernprozeß durchlaufen, hat sich die letztenmale - sieht man vom Dekor ab - immer mehr im Stil nüchterner Geschäftsmäßigkeit präsentiert.

Was freilich Aufgabenstellung und Methode anbelangt, so wird man schwerlich sagen können, die "Einrichtung Weltwirtschaftsgipfel" habe eine hinreichende feste Gestalt bereits gewonnen. Vielleicht gelingt das in Versailles - die Vorstellungen des diesjährigen Hausherrn, des französischen Staatspräsidenten Mitterrand, könnten dazu geeignet sein. Internationale Konferenzdiplomatie bleibt hinter ihren eigenen Möglichkeiten zurück, wenn sie einzelne Ressortprobleme punktuell und nicht in ihren Bedingungsabhängigkeiten - den sachlichen wie den internationalen - angeht. Die Regie des Versailles-Gipfels sieht deshalb keine abzuhakende Agenda und keine ressortierten Maßnahmen-Beschlüsse vor (deren nationale Umsetzung dann doch enttäuschend bleibt), es geht ihr vielmehr um eine die Interdependenzen offenlegende und berücksichtigende Orientierung - "Strate-



gie" hat man sich zusagen angewöhnt -, die dann als Referenz und Leitlinie in den einzelnen nationalen Entscheidungen mit präsent zu sein hätte.

Nur auf diese Weise wird auch der Gefahr zu entgehen sein, daß sich die Konferenz in gegenseitigen Klagen und Anklagen erschöpft. Streitpunkte gibt es genug: Nicht sie durch "Maßnahmen" (nach dem Muster etwa des seinerzeitigen Bonner Lokomotiv-Beschlusses) ausräumen zu wollen, kann Sinn und Zweck des Versailles-Gipfels sein - wohl aber die Impulsgebung zu konvergenten nationalen Politiken, zur Zusammenarbeit in gegenseitiger Rücksichtnahme also.

Über die sozusagen klassischen Interdependenz- und Spannungsfelder von Wachstums- und Beschäftigungspolitik, von Geld-, Zins- und Wechselkurspolitik, von Handels-, Wettbewerbs- und Energiepolitik (hinzukommen soll die Technologiepolitik) hinaus stehen diesmal mindestens zwei politische Grundsatzentscheidungen von großer Tragweite an: Die zur künftigen Handhabung der Nord-Süd-Politik und der Osthandelspolitik. Die historischen Erfahrungen der Europäer sprechen dagegen, da Elemente des Belohnens und des Bestrafens hineinzubringen; worauf es ankäme, wäre, die Katalysatorwirkung für Entspannung wirksamer zur Geltung zu bringen. In der Nord-Süd-Politik bedeutet dies auch die Beibehaltung und den Ausbau der globalpolitischen Elemente, insbesondere die Stärkung der internationalen Einrichtungen.

Die Schlußerklärung des Versailles-Gipfels soll - hört man - knapp sein: Hoffentlich nicht wegen einer zu engen Konsensbasis, sondern als Ausdruck des neuen Selbstverständnisses ("erster Gipfel einer neuen Serie", Mitterrand). Die Ausschüsse des Bundestags und die Arbeitsgruppen der Fraktionen werden das auszuloten haben.

(-/4.6.1982/ks/ca)

+ + +



Eine Episode

Die Union und die Reform der Juristenausbildung

Von Dr. Hans de With MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz

Der rheinland-pfälzische Justizminister Professor Dr. Waldemar Schreckenberger wirft in einer Pressemitteilung vom 2. Juni 1982 dem Bundesminister der Justiz vor, er gehe mit seinem Entwurf zur Juristenausbildung "den falschen Weg". Denn "nahezu alle in dieser Frage kompetenten Organisationen" hätten den Entwurf "stark kritisiert oder gar abgelehnt". Eine Schreckensnachricht für den Bundesjustizminister? Nein: Eine Annahme von Herrn Schreckenberger, eine Irrige des rheinland-pfälzischen Justizministers dazu.

Vor zwei Monaten war zu einer Erörterung des Entwurfs mit den Fachverbänden zum 27. und den Ländern zum 28. Mai eingeladen worden. Die Fachverbände haben den Entwurf im ganzen - bei aller Kritik zu Einzelfragen - mit großer Mehrheit positiv gewertet; die Vorstellungen der CDU/CSU zur Ausbildungsreform haben sie als unzulänglich bezeichnet. An alle Verantwortlichen haben sie appelliert, sich zu einer dringend notwendigen Reform, die diesen Namen auch wirklich verdiene, zusammenzufinden.

Diesen - in erster Linie an sie gerichteten - Appell haben die CDU/CSU-geführten Länder ebensowenig gehört (nicht hören wollen?) wie die positive Aufnahme, die der Entwurf des Bundesministers bei den Verbänden gefunden hat. Sie sind dem Gespräch geschlossen ferngeblieben. Die unionsgeführten Länder haben damit nicht nur die Verbände brüskiert, die ein Anrecht darauf haben, daß man sie hört. Sie haben sich selbst um die Möglichkeit gebracht, sich mit den Vorstellungen der Richterschaft, der Anwaltschaft und der Rechtsfakultäten auseinanderzusetzen. Offensichtlich haben sie vereinbart, die Beratungen des Entwurfs zur Neuordnung der Juristenausbildung schon im Vorstadium abzublocken. Weil sie - auch nach Auffassung der Fachverbände - eine brauchbare Alternative nicht anbieten können?

Hätte Professor Dr. Schreckenberger seine Beamten an dem Gespräch teilnehmen lassen, hätte er sich eine peinliche Pressemeldung erspart und Rheinland-Pfalz die Möglichkeit gehabt, einen Gesetzentwurf zu fördern, auf den viele junge Menschen warten.

(-/4.6.1982/ks/ca)

+ + +



CDU/CSU-Demo in Schwierigkeiten

Die Union Anbiedermann und politischer Brandstifter?

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Unterausschuß Rüstungskontrolle
des Auswärtigen Ausschusses

Es sind nicht nur mangelnde Erfahrungen in der Durchführung von Demonstrationen, die die krampfhaften Bemühungen der Union erklären, am 5. Juni bei ihrer Solidaritätsdemonstration mit dem amerikanischen Präsidenten Reagan und den USA eine sechsstellige Teilnehmerzahl auf die Beine zu bringen. Die gesamte Parteiorganisation ist seit Wochen eingespannt, keineswegs notleidenden Mitgliedern wird eine Fahrtkostenverbilligung offeriert, selbst in privaten Haushalten wird um Mitfahrt geworben. Die "schweigende Mehrheit" soll auf die Straße, und deshalb wird der fehlenden Spontaneität kräftig nachgeholfen.

Mit einer gewissen Naßforscheit hat die Union das NATO-Gipfeltreffen dazu benutzen wollen, um sich als einziger standhafter Bündnisrecke in der Bundesrepublik aufzuplustern und gleichzeitig die angebliche bündnispolitische Unverlässigkeit aller anderen zu unterstellen, angefangen von der sozialliberalen Koalition bis hin zur außerparlamentarischen Friedensbewegung. Das kräftigste, was ihr einfiel, war der Gedanke an eine machtvolle Massendemonstration. Wie viele auch immer am Samstag dem Demonstrationsaufruf folgen werden: Die Union hat sich im Mittel und wahrscheinlich auch in der thematischen Ausrichtung vergriffen; daß sie sich vergriffen hat, ist aber kein Zufall.

- Demonstrationen sind eine geeignete und notwendige politische Ausdrucksform einer außerparlamentarischen Kraft, die ihrem Wollen mit Hilfe einer Demonstration einen besonderen Nachdruck verleihen will, und die auf das politische Mittel einer Demonstration in besonderem Maß angewiesen ist, weil sie nicht die Äußerungsmittel einer parlamentarischen Partei hat. Wenn demgegenüber eine parlamentarische Partei die einen repräsentativen Handlungsauftrag ihrer Wähler hat, auf das Mittel einer Demonstration zurückgreift, wird sie zwangsläufig Schwierigkeiten haben, soviel Demonstranten mobilisieren zu können, wie das einer außerparlamentarischen Minderheit möglich ist. Eine parlamentarische Partei, die genug Möglichkeiten zur Verdeutlichung ihrer Position hat, kann nicht einfach in das Aktionskleid einer außerparlamentarischen Kraft schlüpfen. Es ist das Problem der Union, daß sie sich am 5. Juni in einen Demonstranten-Zählappell mit der außerparlamentarischen Friedensbewegung am 10. Juni begibt und den Kräftevergleich nach Köpfen wohl verlieren wird. Es wird dann ihr Problem sein, wie sie erklären wird, warum eine Partei, die sich als die Verkörperung des Mehrheitswillens aufspielt, weniger Teilnehmer mobilisiert als eine außerparlamentarische Bewegung, die von der Union als ideologische Randgruppe dargestellt wird.
- Mobilisierend für eine Demonstration wirkt nach den Erkenntnissen und Erfahrungen der Massenpsychologie vor allem ein pauschales und undifferenziertes Gegnerbild, die klare Unterscheidung von Freund und Feind.

Die Demonstration der außerparlamentarischen Friedensbewegung am 10. Juni wird Ausdruck eines dringlichen und ernstesten Abrüstungswillens sein, und sie wird eine gewisse



Mühe haben, nicht in eine einseitige Darstellung der amerikanischen Position - besonders im Verhältnis zur Sowjetunion - zu kommen. Daß am 10. Juni aus Anlaß des Besuchs des Präsidenten der einen, für internationale Abrüstung entscheidenden Weltmacht demonstriert wird, ist vor dem Hintergrund der politischen Ereignisse der vergangenen Jahre nur normal. Das eigentliche Problem der außerparlamentarischen Friedensbewegung ist, warum sie anläßlich des Besuchs des sowjetischen Generalsekretärs Breschnew im November 1981, also des politischen Führers der anderen für Abrüstung entscheidenden Weltmacht, nicht die Kraft zu einer mindestens vergleichbaren Demonstration fand.

Die Demonstration der Union am 5. Juni dagegen ist eher Ausdruck eines Schwarz-Weiß-Denkens, das die außenpolitische Haltung dieser Partei seit Jahren zeichnet. Sie unterließ in den vergangenen Jahren nichts, um sich in Washington als einziger zuverlässiger Bündnispartner in Deutschland anzubiedern. Sie merkte noch nicht einmal den peinlichen Eindruck, den sie bei Amerikanern weckte, wenn sie etwa die bündnispolitische Loyalität des sozialdemokratischen Bundeskanzlers mit in Zweifel zog. Sie vollzog jede amerikanische Politikwendung in der Außenpolitik mit, bevor diese überhaupt zu Ende formuliert war. Sie ignorierte die selbstverständliche Tatsache, daß es auch unterschiedliche Interessen und Standpunkte zwischen Deutschen und Amerikanern gibt, bis zur Selbstverleugnung. Sie diffamierte jede Kritik gegenüber einzelnen Handlungen oder Äußerungen von jenseits des Atlantiks als gegen die NATO gerichtet. Wird diese Masche am 5. Juni von der Union weitergestrickt, dann wird die Union dem inneren Zustand der NATO schweren Schaden zufügen.

Daß eine außerparlamentarische Kraft und hierbei viele Jugendliche ihren Friedenswillen auch einmal in undifferenzierter Form zum Ausdruck bringen, ist verständlich. Daß eine politische Partei mit Regierungsanspruch in pauschalen Gegensätzen denkt und sich davon in ihren Handlungen leiten läßt, ist dagegen mehr als bedenklich. Die Union sollte sich deshalb vor der Versuchung hüten, an ihrem Demonstrationstag die Rollen vom Anbiederer und politischen Brandstifter zu spielen.

Es ist gerade jetzt Aufgabe der SPD, deutlich zu machen, daß zur Friedenspolitik ein entschiedener Friedens- und Entspannungswille und zugleich durchdachtes Handeln gehört; daß zur Glaubwürdigkeit des Bündnisses ein von unseren eigenen Interessen her definierter Standpunkt und die Loyalität zum Verteidigungsbündnis demokratischer Staaten gehört; daß diejenigen, die gegen Atomwaffen und das Wettrüsten demonstrieren, deshalb noch lange keine Gegner der NATO oder Amerikas sind; daß man nicht die Atomwaffen der einen Seite verharmlosen und die und die der anderen dämonisieren darf, und daß diejenigen der NATO einen falschen Freundschaftsdienst erweisen, die sich taub stellen gegenüber allen Gefahren des Wettrüsten und insbesondere den Gefahren für uns selbst. Allein wer dieses verdeutlichen kann, ist regierungsfähig und damit in der Lage, die Interessen des ganzen deutschen Volkes zu vertreten.

(-/4.6.1982/bgy/ca)

+ + +



Die drohende Anarchie abwenden
-----**EG-Industrieminister müssen Stahlkrise aktiv bekämpfen**

Von Manfred Wagner MdEP

Mitglied im EP-Ausschuß Wirtschaft und Währung

DGB-Landesvorsitzender des Saarlandes

Im Vorfeld der entscheidenden Ministerratssitzung der EG-Industrieminister am 8. Juni in Luxemburg ist die Verlängerung der Stahlkrisenmaßnahmen nach Artikel 58 des Montanvertrages über den 30. Juni 1982 hinaus zu fordern. Angesichts der durch die anhaltende Konjunkturschwäche und die katastrophale Entwicklung in der Bauwirtschaft verschärften Stahlkrise sind die EG-Industrieminister und die Regierungen der EG-Mitgliedsstaaten dringend aufgerufen, dem Vorschlag der EG-Kommission über die Fortsetzung des Stahlkrisenmanagements zuzustimmen. Nur über den Weg der Fortsetzung und der konsequenten Einhaltung der Stahlkrisenmaßnahmen nach Artikel 58 und einer Anschlußregelung an Eurofer 2 kann bei gleichzeitiger eiserner Disziplin der Stahlproduzenten und Stahlhändler in Europa die drohende Anarchie mit schwerwiegenden wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Konsequenzen abgewendet werden.

Aufgrund der Verschlechterung der Lage auf dem Markt für Walzdrahterzeugnisse ist diese Produktgruppe ebenfalls in das Zwangskartell nach Artikel 58 einzubeziehen. Das hat die Kommission in Anbetracht der dramatischen Entwicklung in der Bauwirtschaft zu Recht vorgeschlagen.

In diesem Zusammenhang ist die negative, egoistische Haltung bestimmter Mitgliedsregierungen bei der jüngsten Ministerratssitzung Anfang Mai dieses Jahres zu kritisieren. Energisch muß die völlig ungerechtfertigte Forderung Italiens auf eine Erhöhung des italienischen Stahlkontingents um 1,4 Millionen Tonnen zurückgewiesen werden. Die EG-Kommission und der Rat der EG-Industrieminister müssen unbedingt dafür Sorge tragen, daß Stahlunternehmen, die bereits Produktionskapazitäten verbunden mit hohen Arbeitsplatzopfern abgebaut haben und bereits genehmigte Umstrukturierungsprogramme mit Sozialflankierungsmaßnahmen konsequent fortführen, unter keinen Umständen benachteiligt und damit für ihre Vorleistungen noch durch ungerechte Quotenregelungen bestraft werden.

Ich habe bereits in der jüngsten Sitzung des EP-Wirtschaftsausschusses in Brüssel gegenüber Vizepräsident Etienne Davignon mit Nachdruck die Forderung vorgebracht, gegenüber der EG-Kommission und den Regierungen der Mitgliedstaaten, dringend alle Anstrengungen zu unternehmen, damit den sprunghaft angestiegenen Stahlimporten aus Drittländern - vor allem aus Brasilien, Spanien, Argentinien und Südafrika sowie aus osteuropäischen Staaten - wirksam begegnet wird. Es geht darum, akute Gefahren für die gerade mühsam erreichte Preis-Stabilisierung auf dem EG-Stahlmarkt und für die Stahlarbeitsplätze noch rechtzeitig abzuwenden und dazu die erforderlichen Anti-Dumping-Klagen beziehungsweise Anti-Subventionverfahren einzuleiten. Dort, wo Abkommen nicht eingehalten werden, wie bei Breitflanschträgern aus Spanien und Walzdraht aus Australien muß die EG-Kommission die Herausnahme dieser Produkte unverzüglich herbeiführen. Außerdem muß dringend durch verstärkte Zollkontrollen verhindert werden, daß durch falsche Einfuhrerklärungen oder durch krasse Preisunterbietung - wie dies zunehmend wieder durch die kleineren Stahlwerke der Region Brescia/Italien auf dem süddeutschen Markt geschieht - die erreichte Preisstabilisierung unterlaufen wird.

Schließlich sind noch stärkere Anstrengungen und zusätzliche Finanzmittel für die Sicherung der Sozialflankierungsmaßnahmen zum Schutz der von der Stahlkrise betroffenen Arbeitnehmer und für die Förderung der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen sowie Infrastrukturmaßnahmen an den Stahlkrisen-Standorten notwendig. Alle politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen sind aufgefordert, sich dieser Aufgabe zu stellen.

(-/4.6.1982/bgy/ca)

+ + +



Wenig hilfreich

Diskussion um Rückkehrprämie löst Ausländerfrage nicht

Von Hans Urbaniak MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Ausländische Arbeitnehmer" der SPD-Bundestagsfraktion

Bei der in letzter Zeit verstärkt geführten Diskussion um die Förderung der Rückkehrwilligkeit von ausländischen Arbeitnehmern wird häufig der Eindruck erweckt, als könnte durch die Zahlung von sogenannten "Abfindungen" die Zahl der in ihre Heimat zurückkehrenden ausländischen Arbeitnehmer und deren Familien wesentlich erhöht werden. Diese Diskussion ist wenig hilfreich. Auf deutscher Seite wird die Zahl der dadurch freiwerdenden Arbeitsplätze und bei den interessierten Ausländern die Höhe der erhofften "Prämien" überschätzt.

Die Bundesrepublik Deutschland leistet im Rahmen von Wiedereingliederungsabkommen bereits seit längerer Zeit finanzielle Hilfe, insbesondere bei der Schaffung von Arbeitsplätzen in den Heimatländern. Der Ausbau dieser Abkommen ist bedeutend sinnvoller als die Zahlung von individuellen Rückkehrprämien, von denen nur ein begrenzter Anreiz für einzelne ausgehen kann.

Wer als Ausländer in der Bundesrepublik die Rückkehr in seine Heimat erwägt - und dafür gibt es viele und gute Gründe -, der sollte das unabhängig von D-Mark-Beträgen tun. Wer als Deutscher den Arbeitsmarkt entlasten will, sollte nicht glauben, daß man ein wohlerworbenes Recht auf den Arbeitsplatz abkaufen kann, wenn nicht vorher die strukturellen Schwächen in den Heimatländern unserer ausländischen Arbeitnehmer beseitigt oder wenigstens gebessert wurden.

(-/4.6.1982/bgy/ca)

+ + +



Anders als in Sonntagsreden

Subventionsabbau ist kein finanzpolitisches Wundermittel

Von Horst Gobrecht MdB und Dieter Spöri MdB

Obleute der SPD-Bundestagsfraktion im Finanzausschuß

Als Ergebnis der ersten Anhörung zur Konzeption des Subventionsabbaus im Rahmen des Subventions-Hearings ist festzustellen:

1. Die angehörten Verbände sind sich in der Frage der Strategie eines wirkungsvollen und technisch machbaren Subventionsabbaus völlig uneinig.
 - Ein Großteil der Verbände (abgesehen vom DIHT) ist nur bereit, im Bereich der Finanzhilfen und nicht etwa auch bei den Steuervergünstigungen mit dem Rasenmäher eines linearen Abbaus zu kürzen. Die verteilungspolitische Schlagseite eines solchen Konzepts ist offensichtlich.
 - Viele Verbände halten den linearen Abbauvorschlag im konkreten Fall für unzumutbar (zum Beispiel in der Landwirtschaft, bei der Binnenschifffahrt und im Montanbereich). Kaum ein Fachverband hat einen Kürzungsvorschlag für den eigenen Bereich akzeptiert oder gar gemacht.
 - Aus dem Bereich der Praktiker (zum Beispiel Steuerberater) wurde die technische Praktikabilität des linearen Abbaukonzepts von Steuervergünstigungen anhand eindrucksvoller Beispiele widerlegt und auf die hohen Kosten dieses Verfahrens für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung hingewiesen.
 2. Wenn man die staatlichen Subventionen unberührt läßt und allein die Finanzhilfen um fünf Prozent kürzt - wie es die Union will -, so erzielt man nur eine Einsparungsmasse von deutlich unter einer Milliarde DM.
 3. Die Mehrheit der Wirtschaftsverbände (zum Beispiel ASU, BDI, DIHT) verbindet darüberhinaus ihr Konzept des linearen Subventionsabbaus mit der Forderung nach einer gekoppelten Steuersenkungsrunde - vor allem im Bereich ertragsunabhängiger Steuern. Ganz abgesehen davon, daß die Kosten dieser Steuersenkungswünsche um ein Vielfaches höher als die erbrachten Einsparungen wären, spielt bei diesen Überlegungen wundersamerweise die Begrenzung staatlicher Defizite plötzlich keine Rolle mehr.
 4. Die Diskussion der Folgen eines prioritätenlosen Abbaus in einzelnen Branchen hat gezeigt, daß die Rasenmähermethode struktur- und arbeitsplatzpolitisch höchst bedenklich ist. Branchen beziehungsweise Unternehmen mit hohem strukturellem Gefährdungsgrad werden dabei wie Bereiche behandelt, in denen reine Mitnahmeeffekte abkassiert werden.
 5. Der Vorschlag des BDI, gemischte Arbeitsgruppen von Parlament, Regierung und gesellschaftlichen Gruppen zum Subventionsabbau einzurichten, ist nach dem Hearingsverlauf ein völlig hoffnungsloser Ansatz. Es ist nicht zu erwarten, daß die Vertreter der Wirtschaftsverbände konkrete differenzierte Abbauvorschläge innerhalb eines solchen Gremiums tragen, wenn sie sich schon im Hearing hinter einem abstrakten linearen konkreten Abbaukonzept verstecken beziehungsweise die Branchenverbände jegliche konkrete Kürzung in ihrem eigenen Bereich ablehnen.
- Fazit: So leicht, wie viele Verbandsvertreter den Subventionsabbau als finanzpolitisches Wundermittel in ihren beschwungenen Sonntagsreden darstellen, ist er eben doch nicht, wenn Nägel mit Köpfen gemacht werden sollen. (-/4.6.1982/ks/ca)

+ + +

